

Marcus Böick
Constantin Goschler
Ralph Jessen (Hg.)

Jahrbuch Deutsche Einheit 2021

Ch.Links VERLAG

Das Jahrbuch Deutsche Einheit entsteht in Kooperation mit
der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG 

Editorische Vorbemerkung:

Die Anmerkungen finden sich jeweils am Ende der Beiträge.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über
www.dnb.de abrufbar.

Ch. Links Verlag ist eine Marke der Aufbau Verlage GmbH & Co. KG

© Aufbau Verlage GmbH & Co. KG, Berlin 2021

www.christoph-links-verlag.de

Prinzenstraße 85, 10969 Berlin, Tel.: (030) 44 02 32-0

Lektorat: Dr. Daniel Bussenius, Berlin

Satz: Marina Siegemund, Berlin

Umschlaggestaltung: Nadja Caspar, Ch. Links Verlag

Druck und Bindung: Druckerei F. Pustet, Regensburg

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

ISBN 978-3-96289-129-9

Inhalt

<i>Marcus Böick · Constantin Goschler · Ralph Jessen</i> Editorial	7
<i>Thomas Großbölting</i> Was Einheitsjubiläum und rassistische Gewalt miteinander zu tun haben Nationale Identitätspolitik in der Wiedervereinigungsgesellschaft	13
<i>Greta Hartmann · Alexander Leistner · Anna Lux · Christina Schwarz</i> Vom Sichtbarwerden des (Un-)Sichtbaren im Modus des Populären Popularisierung, Populismus, Geschichtsvermittlung – und 1989	31
<i>Uta Bretschneider</i> Einheit vielstimmig Wiedervereinigung und Transformationszeit in der Erinnerungskultur	51
<i>Hope M. Harrison</i> Täter, Opfer, Helden Die deutsche Geschichtspolitik und die Berliner Mauer	73
<i>Anna Kaminsky</i> Die Berliner Mauer in der Welt Erinnerungsort und Projektionsfläche	95

Astrid M. Eckert

Innerdeutsche Fördergrenzen

Das »Zonenrandgebiet« in der Wiedervereinigung 111

Carolin Leutloff-Grandits · Béatrice von Hirschhausen

Vergemeinschaftung und ihre Schranken

Dörfliches Vereinsleben im ehemaligen deutsch-deutschen
Grenzgebiet als Spiegel einer »Phantomgrenze«? 129

Jana Breßler · Jannik Noeske · Wiebke Reinert · Julia Wigger

Stadtwnende?

Altstadterneuerung in Ostdeutschland zwischen
bürgerschaftlichem Engagement und Fachdiskurs 157

Konrad Sziedat

Die lange Geschichte verflochtener Transformationen

Umbrüche in Ost und West ca. 1979–1999
und der Aufstieg der »Zivilgesellschaft« 177

Thorsten Holzhauser

Die »Nachfolgepartei« PDS als Gegenstand der Zeitgeschichtsforschung

Befunde und Potenziale 197

Marie-Christin Schönstädt

Transformation der Wissenschaft

Die Evaluation des ostdeutschen Wissenschaftssystems
als Impuls für den Westen 215

Krijn Thijs

Vier Wege in das Aus der Einheit

Strategien ostdeutscher Institutsdirektoren gegenüber
der Evaluation des Wissenschaftsrates (1990/91) 243

Anhang

Autorinnen und Autoren 275

Bildnachweis 282

Editorial

Das Jahr 2020 verlief anders als erwartet. Die Pandemie soll hier nicht abermals Thema sein, doch hatte sie neben anderen, auffälligeren Konsequenzen auch erhebliche Folgen für die gesellschaftlichen und zeithistorischen Diskussionen um die Friedliche Revolution und den nachfolgenden Vereinigungsprozess sowie deren langfristige Wirkungen in Deutschland und Europa: Für den Herbst und Winter 2020 geplante Konferenzen und Veranstaltungen zum 30. Jahrestag der Wiedervereinigung mussten abgesagt oder verschoben werden, Ausstellungen und Kunstaktionen wurden kurzfristig ins Digitale transformiert, und langfristig vorbereitete Publikationen fanden unter dem akuten Eindruck gesundheitspolitischer Debatten und Beschränkungen nur wenig Aufmerksamkeit. Doch besteht auch mit Blick auf die in diesem Jahrbuch behandelten Diskussionen über die Geschichte nach 1990 Grund für pandemiebedingten Katzenjammer?

Wohl eher nicht. Vielmehr scheint sich in diesem dynamischen Forschungs- und Debattenfeld jenseits der kurzfristigen Beschränkungen und Unterbrechungen einiges zu bewegen. Zur Mitte des Jahres 2021 zeigte sich gleich mehrfach die anhaltende Relevanz der erinnerungs- und geschichtspolitischen Kontroversen zur Entwicklung und zum Stand der Einheit: Anlässlich der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Juni 2021 flackerte die schon seit 2015 wieder an Fahrt gewinnende politische Diskussion um langfristig fortbestehende Ost-West-Friktionen sowie deren Erscheinungsformen, Ursachen und Folgen erneut auf. In Erwartung eines AfD-Triumphs bescheinigte der Ostbeauftragte der Bundesregierung Marco Wanderwitz den älteren Ostdeutschen abermals ein »Demokratiedefizit«, das durch die lange Erfahrung der SED-Diktatur bedingt sei. Dieses werde sich, so der selbst in der späten DDR aufgewachsene CDU-Politiker, letztlich nur im Wechsel der Generationen auflösen. In den gedruckten und digitalen Medien folgte eine ebenso kurze wie

wütende und unergiebigere Debatte.¹ Das Resultat der Landtagswahl am 6. Juni 2021 fiel gemessen an den Erwartungen einigermaßen überraschend aus: Der deutliche Wahlsieg der regierenden CDU war kaum prognostiziert worden und die AfD verbuchte nicht die befürchteten Stimmengewinne, sondern fuhr Verluste ein, blieb freilich auf hohem Niveau. Die größten Einbußen erlitt jedoch die einstmals führende Ost-Oppositionskraft Die Linke, die zunehmend um ihren früheren Status als »Volkspartei des Ostens« bangt. Der gescholtene Ostbeauftragte dürfte auch zur Kenntnis genommen haben, dass es nicht die gelernten DDR-Bürger, sondern vor allem die jüngeren, männlichen Wähler waren, die den Rechtspopulisten in Sachsen-Anhalt ihre Stimme gaben.²

Doch auch abseits politisch gerahmter Diskussionen und kurzatmiger Wahlanalysen hielt der Sommer 2021 einige Weichenstellungen auf dem Feld der erinnerungskulturellen Reflexion wie der zeithistorischen Bearbeitung der jüngsten Vergangenheit bereit. Es war nicht zufällig der 17. Juni 2021, der in doppelter Hinsicht eine bemerkenswerte institutionelle Zäsur markierte: Zum einen endete mit der Amtszeit des letzten Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, auch die Tätigkeit jener Behörde, die seit ihrer Gründung eine Schlüsselrolle auf dem Feld der Opferpolitik, bei der Zugänglichmachung der Täterakten und bei der Aufdeckung des monströsen Repressionsapparates des SED-Regimes gespielt hatte. Jetzt gehört das umfassende Aktenmaterial nach jahrzehntelangen Diskussionen schließlich zum Bundesarchiv, während die neu gewählte Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur, Evelyn Zupke, in Zukunft als Ombudsfrau den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft zur Seite stehen wird.³ Zum anderen stellte der frühere brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck, nun Vorsitzender der Regierungskommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit«, deren Abschlussbericht und Empfehlungen im Dezember 2020 in der zweiten Pandemiewelle untergegangen waren, zeitgleich umfassende Pläne für ein neues »Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit« vor: Mit Baukosten von mehr als 200 Millionen Euro und einem prognostizierten Jahresbudget von etwa 40 Millionen Euro soll dieses Zentrum, um dessen Ansiedlung sich ostdeutsche Städte bewerben sollen, ab 2027 sowohl als »Bürgerzentrum wie Institut wie Erinnerungsort« dienen, wie Kommissionsmitglied Raj Kollmorgen erklärte.⁴ Ob sich nach der Bundestagswahl im September 2021 ein Finanzminister findet, der solche Summen zur Verfügung zu stellen bereit ist, steht freilich in den Sternen.

Das Ende der in den 1990er-Jahren hitzig diskutierten Stasi-Unterlagenbehörde und das Projekt eines neuen »Zukunftszentrums« sind letztlich symp-

tomatisch für die im *Jahrbuch Deutsche Einheit* thematisierten Wandlungsprozesse: Die Historisierung der Nachwendezeit scheint, wie auch die in diesem Band versammelten Beiträge demonstrieren, in vollem Gange, auch und gerade weil diese Zeit aktuell wieder verstärkt im Fokus geschichtspolitischer Debatten und erinnerungskultureller Reflexionen steht. Dass diese Diskussionen charakteristischerweise vorwiegend deutsch-deutsch und noch kaum nationalstaatsübergreifend oder gar europäisch geführt werden, mag mit ihrem ausgesprochen identitätsbezogenen Charakter zu tun haben, war die Debatte um die »innere Einheit« und um fortbestehende Ost-West-Differenzen nach 1990 doch immer auch ein beständiges Ringen um (post-)nationale Identitätskonzepte. Man darf gespannt darauf sein, ob die wiederkehrenden Debatten um eine Ostquote, um materielle Ungleichheit und mentale Differenzen in Zukunft in den Sog internationaler Diskussionen um Identitätspolitik und gruppenbezogene Marginalisierung geraten und ob sich diese Diskussionen dadurch möglicherweise verändern und auf andere Weise politisieren werden.

Die Spannung zwischen rückschauender Historisierung, erinnerungskultureller Symbolisierung und gegenwartsbezogener Politisierung von Einheit, Transformation und Identität wird uns auch in Zukunft erhalten bleiben. Historikerinnen und Historiker werden sich in diesem Kräftefeld bewegen müssen, ohne ihren Anspruch auf methodisch kontrollierte, wissenschaftliche Deutung der jüngsten Vergangenheit und auf Metareflexion der komplexen Gleichzeitigkeit von Historisierung, Symbolisierung und Politisierung sowie ihrer eigenen Position und Rolle in diesem Spiel aufzugeben.

Das *Jahrbuch Deutsche Einheit* will hierzu auch mit seinem zweiten Band einen Beitrag leisten und ein Forum bieten, in dem die Transformationsprozesse in Ost und West und die sie begleitenden Konflikte und Deutungskämpfe in historischer Perspektive studiert und diskutiert werden. Dementsprechend widmen sich die Aufsätze und Essays dieses Bandes sowohl den Umbrüchen im vereinten Deutschland als auch dem parallel verlaufenden Wandel erinnerungskultureller Diskurse und Sinnstiftungsprozesse.

Jeder Beitrag des Jahrbuchs 2021 steht hinsichtlich Gegenstand und Fragestellung für sich, aber in der Zusammenschau lassen sich – mit gewissen Überlappungen – vier thematische Cluster erkennen: Den Anfang machen drei Aufsätze zu Phänomenen der Erinnerungskultur und der Identitätspolitik: Thomas Großbölting geht Zusammenhängen zwischen rechtsradikaler Mobilisierung und Nationalisierungsdiskursen nach; Greta Hartmann, Alexander Leistner, Anna Lux und Christina Schwarz erörtern das Verhältnis von Geschichtsvermittlung, Popularisierung und Populismus im Hinblick auf das Epochenjahr

1989; Uta Bretschneider schaut auf die Spuren des Vereinigungsprozesses und der folgenden Transformationsjahre in der Erinnerungskultur.

Die vier Texte, die sich mit der Geschichte der Berliner Mauer, der innerdeutschen Grenze und der Grenzerinnerung befassen, bilden die Gleichzeitigkeit von materiellem Wandel, Memorialisierung und politischer Sinnstiftung in besonders dichter und prägnanter Weise ab. Hope M. Harrison und Anna Kaminsky blicken aus unterschiedlichen Perspektiven auf den Umgang mit der Mauer nach ihrem Untergang. Während Harrison die Transformation des dominierenden Narrativs von Mauer und Mauerfall von einer Täter- zu einer Heldengeschichte nachzeichnet, verfolgt Kaminsky, wie die Bruchstücke der Mauer auf ihrem Weg in die Museen und Gedenkstätten in aller Welt zur Projektionsfläche ganz unterschiedlicher Deutungen wurden, die oft mehr mit den Kontexten ihres neuen Aufstellungsortes als mit der Geschichte des Kalten Krieges in Berlin zu tun hatten. Dass der Mauerfall und die Grenzöffnung nicht nur massive Auswirkungen auf die Lebenswelt der Ostdeutschen hatten, sondern auch auf die westdeutschen Bewohner des »Zonenrandgebietes«, analysiert Astrid M. Eckert in ihrem Beitrag, während Carolin Leutloff-Grandits und Béatrice von Hirschhausen die komplizierte Gleichzeitigkeit von Nähe und Distanz zwischen dörflichen Gemeinden und Gemeinschaften auf beiden Seiten der »Phantomgrenze« beschreiben, die auch nach dem Abbau der Grenzsperrn zwischen Thüringen, Hessen und Bayern auszumachen ist.

Trotz sehr unterschiedlicher Gegenstände verbindet die drei folgenden Aufsätze das Interesse an längerfristigen Prozessen sozialen und politischen Wandels sowie an den mit diesen verbundenen Akteuren. Der konzeptionell angelegte Beitrag von Jana Breßler, Jannik Noeske, Wiebke Reinert und Julia Wigger stellt Überlegungen und Forschungsansätze zum Verhältnis von bürgerschaftlichem Engagement und professionellen Akteuren im Zusammenhang mit Programmen zur Erneuerung der verfallenen Altstädte in Ostdeutschland vor. Auch Konrad Sziedat interessiert sich für das Verhältnis von bürgerschaftlicher Aktivität und Politik, verbindet seine langfristigen Beobachtungen zum Aufstieg der »Zivilgesellschaft« aber mit verflechtungsgeschichtlichen Überlegungen, die Ost und West gleichermaßen einbeziehen. Thorsten Holzhauser lotet Forschungsperspektiven zur Geschichte der PDS aus, die einerseits wie keine andere politische Kraft das gesamtdeutsche Parteiensystem mit der DDR-Vergangenheit verband, andererseits als ostdeutsche Regionalpartei einen sehr spezifischen Beitrag zur Einheit leistete.

Schließlich zwei Studien zur Transformation des Wissenschaftssystems und der Wissenschaften nach 1990: Gewöhnlich dominiert bei diesem Thema

der westliche Blick – und dies war oft nicht nur ein Blick aus dem Westen, sondern auch einer von oben herab – auf politisch deformierte Akademikerkarrieren, provinzielle Institute und ideologisierte Geisteswissenschaften in der DDR, die nach 1990 notgedrungen durch die Evaluations- und Transformationsmühle gedreht wurden. Marie-Christin Schönstädt und Krijn Thijs bieten andere Sichtweisen an. Schönstädt erörtert gegenläufige Transformationsimpulse, durch die Anfang der 1990er-Jahre die in den neuen Ländern durchexerzierten Evaluationspraktiken auf die Evaluation wissenschaftlicher Einrichtungen im Westen zurückwirkten. Thijs rekonstruiert hingegen in vier mikrohistorischen Fallstudien, mit welchen unterschiedlichen Strategien sich ostdeutsche Direktoren geschichtswissenschaftlicher Akademieinstitute gegenüber der diskursiven und institutionellen Dominanz der Evaluatoren des westdeutschen Wissenschaftsrates zu behaupten versuchten. Je genauer man aus der Distanz von 30 Jahren auf diese Biografien im Transformationsstrudel schaut, desto fragwürdiger werden die Gewissheiten, mit denen manche westliche Gutachter damals zu Werke gingen.

Die Geistes- und Sozialwissenschaften werden gegenwärtig sehr stark mit der politischen Erwartung konfrontiert, dass sie einen praktischen Beitrag zu einem als bedroht angesehenen »gesellschaftlichen Zusammenhalt« liefern sollen, und dies geschieht gleichermaßen durch Fordern und Fördern. Dieses Jahrbuch dokumentiert einerseits Versuche der Wissenschaft, in diesem Zusammenhang auch gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Andererseits reflektieren mehrere Beiträge dieses Bandes die Wissenschaft selbst und hinterfragen damit die gesellschaftlichen Zusammenhänge, innerhalb derer diese den Prozess der Deutschen Einheit nicht nur deutet, sondern auch mitgestaltet. Wir hoffen daher, dass es uns in diesem Band gelungen ist, nicht nur Wegmarken auf einem vorgegebenen Pfad hin zu nationaler »Einheit« und gesellschaftlichem »Zusammenhalt« zu analysieren, sondern mit der Zusammenstellung der hier veröffentlichten Beiträge zugleich auch die Frage nach den damit verbundenen Zielen immer wieder neu aufzuwerfen.

Anmerkungen

- 1 Ostbeauftragter Marco Wanderwitz: Das alte Gespenst, in: Die Tageszeitung vom 2. 6. 2021, <https://taz.de/Ostbeauftragter-Marco-Wanderwitz/!5772366/> (Zugriff am 6. 7. 2021).
- 2 Debatte über Wanderwitz: »Arrogante Belehrung«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 6. 6. 2021, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/arrogante-belehrung-cdu-politiker-kritisieren-ostbeauftragten-wanderwitz-17373528.html> (Zugriff am 6. 7. 2021).
- 3 Wahlanalyse: Wer wen gewählt hat, in: Süddeutsche Zeitung vom 6. 6. 2021, <https://www.sueddeutsche.de/politik/wahlanalyse-sachsen-anhalt-landtagswahl-1.5314228> (Zugriff am 6. 7. 2021).
- 4 Zukunftszentrum Deutsche Einheit: »Sowohl Bürgerzentrum wie Institut wie Erinnerungs-ort«. Raj Kollmorgen im Gespräch mit Friedbert Meurer, in: Deutschlandfunk vom 7. 12. 2020, https://www.deutschlandfunk.de/zukunftszentrum-deutsche-einheit-sowohl-buergerzentrum-wie.694.de.html?dram:article_id=488826; »Wir wollen einen Dom schaffen«. Matthias Platzeck im Interview mit Anne Hähnig, in: Zeit im Osten Nr. 25 vom 17. 6. 2021, <https://www.zeit.de/2021/25/matthias-platzeck-zukunftszentrum-ostdeutschland-forschung-ostbeauftragter-bundesregierung> (Zugriff am 6. 7. 2021).